

Zeitschrift: Scharotl / Radgenossenschaft der Landstrasse
Herausgeber: Radgenossenschaft der Landstrasse ; Verein Scharotl
Band: 26 (2001)
Heft: 1

Rubrik: Pressespiegel Inland

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Pressespiegel Inland

Tages-Anzeiger **Fahrende klagen**

Schweizer Fahrende haben beim Bundesgericht einen Rekurs gegen die Waadtländer Regierung eingelegt, die ihnen feste Standplätze zuweisen will.

“Wir sind Schweizer, unser Herz gehört diesem Land, und niemand kennt es wohl besser als wir”, sagt der Genfer Pfarrer May Bittel, einer der Repräsentanten der Westschweizer Fahrenden, und zeigt eine Karte, auf der fein säuberlich 62 rote Punkte eingetragen sind: Es sind die seit Jahrhunderten benutzten Standplätze der Fahrenden - das Land, auf das sie als einheimisches Volk ihre Rechte anmelden.

Doch die meisten dieser Orte wurden inzwischen zu Campingplätzen umfunktioniert, wo keine Zigeuner mehr geduldet werden. Die übrigen liegen auf dem Gebiet von Gemeinden, von denen immer weniger Fahrende willkommen heissen. Nicht zuletzt, weil sich in letzter Zeit Konflikte mit Zigeunern aus Osteuropa häufen und bei der Bevölkerung Unmut schaffen.

Um das Problem ein für alle Mal zu lösen, hat der Waadtländer Staatsrat Anfang dieses Jahres eine Bestimmung erlassen, nach der Fahrenden auf Kantonsgebiet nur noch eine Hand voll feste Standplätze zur Verfügung stehen sollen. Sind diese Plätze voll, werden sie aus dem Kanton weggewiesen.

May Bittel ist überzeugt, dass es sowohl gegen die Schweizer Verfassung als gegen internationales Recht verstösst, wenn wegen punktueller Probleme mit einigen wenigen Zigeunern aus dem Ausland eine anerkannte Schweizer Minderheit daran gehindert wird, ihrer Kultur gemäss zu leben: “Diese Konflikte haben etwas mit touristischen Infrastrukturen, mit Hygiene und Polizei zu tun”, sagt er, “sie können nicht dadurch gelöst werden, dass alle Schweizer Fahrenden als potenzielle Gesetzesbrecher hingestellt und diskriminiert werden.”

Aus diesem Grund hat Bittels Enkel im Namen dreier seit den 14. Jahrhundert in der Schweiz lebenden Familien von Fahrenden Mitte Februar beim Bundesgericht gegen die Bestimmung der Waadtländer Regierung Rekurs eingereicht. Ungefähr 35000 Jenische leben heute in der Schweiz, davon sind bis zu 5000 noch wirklich mobil. “Schweizer Fahrende sind Schweizer Bürgerinnen und Bürger”, erinnert deren Anwalt Henri-Philippe Sambuc, “sie leisten Militärdienst und bezahlen Steuern, respektieren die Gesetze. Doch für ihre Rechte als Minderheit wird in der Schweiz auf Bundesebene nichts unternommen. Fahrende müssen sich andauernd mit den Behörden von 26 Kantonen und 3000 Gemeinden herumschlagen. Immer öfter werden sie daran gehindert anzuhalten. Das ist legalisierter Mord an einer Gemeinschaft, einer Lebensweise, einer Kultur.”

Pressespiegel Ausland

WoZ Roma und Aschkali im Kosovo

Die nach den Kommunalwahlen Ende Oktober von UNO-Verwalter Bernard Kouchner verkündete Rückkehr des Kosovo in die Familie der Demokratien bleibt ein frommer Wunsch. Die Minderheiten sind nach wie vor in ihrer Existenz bedroht, die ethnischen Säuberungen gehen weiter - trotz der Präsenz von 50'000 Kfor-Soldaten. Ein besonders krasses Beispiel ist die Ermordung von vier Aschkali (albanisch sprechende Roma) am 8. November, kurz nach ihrer Rückkehr in ihren Heimatort rund 50 Kilometer westlich von Pristina. Die Aschkali waren im Juli 1999 aus ihrem Dorf vertrieben worden und hatten die letzten eineinhalb Jahre als Flüchtlinge in der Kleinstadt Kosovo Polje gelebt. Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) hatte die Rückkehr der vier Aschkali - drei Familienväter und ein 15-jähriger Knabe - minutiös vorbereitet. Nachbarn und Gemeindevorsteher waren kontaktiert und in die Planung der Rückkehr einbezogen worden. Die Männer, welche ihre Familien nachholen wollten, hatten erst gerade begonnen, ihre zerstörten Häuser wieder aufzubauen. Knapp 48 Stunden nach ihrer Ankunft wurden sie erschossen aufgefunden.

Nach Angaben des European Roma Rights Center (ERRC) in Budapest sind Roma und Aschkali im Kosovo seit Ende der Nato-Angriffe massiver Gewalt durch kosovo-albanische Extremisten ausgesetzt, die sie aus der Provinz vertreiben wollen. Das ERRC berichtet von Morden, Entführungen, Vergewaltigungen und der Zerstörung ganzer Siedlungen. Mehr als die Hälfte der Roma und Aschkali aus dem Kosovo lebten ausserhalb der Provinz,

weitere hielten sich als Vertriebene innerhalb des Kosovo auf. Die Verbliebenen leben in Gettos und können ihre Wohngebiete kaum verlassen. Die Situation der Minderheiten sei äusserst prekär, schreibt auch die Uno-Übergangsverwaltung in einem Bericht von Ende Oktober. Roma und Aschkali seien von "anhaltenden Tötungen" betroffen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) verlangt eine internationale Untersuchungskommission.

Von den Schweizer Behörden fordert die GfbV, dass die Angehörigen aller Minderheiten aus dem Kosovo endlich vorläufig aufgenommen werden. Entsetzen über den Mord äusserte auch Kouchner, der wenige Tage zuvor noch "stolz auf das Volk von Kosovo" gewesen war. "Wir finden die Verantwortlichen", versprach er. Auch wenn es Wochen, Monate oder Jahre dauere. Eine ganz realistische Einschätzung, zieht man die chronische Ineffizienz und Schwäche der Uno-Polizei in Betracht.

Anmerkung der Redaktion: In seiner Antwort auf den Brief der GfbV schreibt das Bundesamt für Flüchtlinge, dass im April 2001 die Lage der ethnischen Minderheiten im Kosovo einer erneuten Beurteilung unterzogen werde. In seiner Lagebeurteilung werde es den Standpunkt der GfbV sowie die Empfehlungen der internationalen Gemeinschaft und der internationalen Organisationen in seine Beurteilung einbeziehen, um der besonderen Situation der ethnischen Minderheiten im Kosovo Rechnung zu tragen und versichert, dass jedes Asylgesuch gründlich und umfassend geprüft werde.